



## In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

### Auf einen Blick

- › Die erratisch wirkende Außenpolitik Donald Trumps beherrscht weiterhin das Geschehen. Seine Politik folgt keiner Ideologie, sondern ist vom Wunsch geprägt, erfolgreiche Geschäfte abzuschließen und China in die Knie zu zwingen. Dabei nimmt er auch keine Rücksicht auf Verbündete. Europa wird aufgefordert, sich wieder auf seine Eigenständigkeit zu besinnen und die Unterstützung für die Ukraine zu verstärken. Klar ist, dass Putin nur zum Schein auf Gespräche eingeht, denn er sieht in der Fortsetzung des Krieges die Möglichkeit, seine Ziele zu erreichen. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage gestellt, ob Papst Leo XIV. einen Platz als Friedensvermittler auf der internationalen Bühne einnehmen kann.
- › 60 Jahre nach Aufnahme von diplomatischen Beziehungen steht das deutsch-israelische Verhältnis auf dem Prüfstand. Die deutsche Garantie des Existenzrecht Israels bleibt bestehen, gefordert wird von einigen Seiten aber, Deutschland solle auf das Handeln Israels in Gaza einwirken. Daneben wird auch vor dem Wiederaufleben antisemitischer Klischees gewarnt.
- › Die Diskussion über die Verwendung und die inhaltliche Bedeutung der Begriffe Konservatismus und Liberalismus und die drohenden Gefahren für die demokratischen Gesellschaften dauert an.

## Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Krieg und Frieden .....	2
In der Debatte: Deutsch-israelische Beziehungen.....	7
In der Debatte: Demokratie und Populismus.....	9
Rezensionen .....	12
Impressum.....	16

## In der Debatte: Krieg und Frieden

Europa, das von Donald Trump einer „Schocktherapie“ unterzogen worden sei, müsse sich endlich wieder an seine „Eigenständigkeit“ erinnern und erkennen, dass „Trumps überhaupt nicht irre, sondern konsequente Strategie“ die Eindämmung Chinas sei, konstatiert *Eric Gujer* in *NZZ-Der andere Blick*<sup>1</sup>. Diesem Ziel werde alles untergeordnet und der Kurs gehe nicht nur zu Lasten der europäischen Verbündeten, sondern etwa auch zu Lasten Israels, wie seine Reise durch die Golfstaaten oder die Annäherung an Syrien und den Iran deutlich mache: „Der Imperialismus Russlands ist für ihn sekundär und nur so weit relevant, als er Moskau aus dem Griff Pekings lösen möchte. Die Ukraine ist für ihn nur ein Bauer in diesem Schachspiel.“ Die europäischen Staaten sollten mittlerweile in der Lage sein, die Ukraine mit eigenen Mitteln zu unterstützen und sich nicht immer auf die USA verlassen: „Hätten die Europäer mehr Selbstbewusstsein, reagierten sie gelassener auf Trumps erratische Friedensinitiativen. Sie würden auch nicht immerzu das Ende der Nato ausrufen. Diese wird Trump überstehen, wie sie auch andere hysterische Anfälle in Washington überlebt hat.“

Das Szenario, es könne eine Nato ohne die USA geben, sei vollkommen abwegig, argumentiert *Michael Rühle* in der *Welt*<sup>2</sup>: „Die USA sind nämlich nicht nur die größte Militärmacht der Nato. Sie sind auch der politische Katalysator, der die Verbündeten zur Einigkeit zwingt. Beide Faktoren zusammen machen deutlich, dass die Vorstellung, die Nato könne auch ohne die USA weitermachen, unrealistisch ist. Die Nato ist mehr als die Summe ihrer Teile.“ Würden die USA als Führungsmacht nicht, wie bisher, die Richtung vorgeben, so würden sich die Mitgliedstaaten auf die Position des kleinsten gemeinsamen Nenners zurückziehen. Auch würde eine Entflechtung der Waffensysteme kostspielig und langwierig werden. Ein Austritt der USA aus dem Bündnis sei allerdings auch als unwahrscheinlich anzusehen, denn trotz aller Äußerungen von Seiten der Trump-Administration, müsste der Führer dort klar sein, dass Europa der größte Abnehmer von in den USA produzierten Waffen sei und ein Ausschluss vom europäischen Rüstungsmarkt schwerwiegende Folgen haben würde. Zudem gebe es in Europa durch die jahrzehntelange Kooperation ein politisches Umfeld, das stark auf die Partnerschaft mit den USA ausgerichtet sei – im Gegensatz zu Asien, wo die USA, ohne ein vergleichbares militärisches Bündnis, auf sehr komplexe bilaterale Beziehungen angewiesen seien.

*Yuval Noah Harari* gibt in seinem Essay im *Focus*<sup>3</sup> seiner Befürchtung Ausdruck, Donald Trumps Politikstil könne zu einem Zusammenbruch der liberalen Weltordnung führen. Seine Politik folge einem klaren, wenn auch radikalen Weltbild, das viele immer noch überrasche. Während die liberale Weltordnung auf Kooperation, gemeinsame Werte und internationale Institutionen bau, betrachte Trump die Welt als Nullsummenspiel mit Gewinnern und Verlierern: „In Trumps Welt können internationale Abkommen, Organisationen und Gesetze nichts anderes sein als ein Komplott, um einige Länder zu schwächen und andere zu stärken – oder

<sup>1</sup> Eric Gujer, Amerika führt wieder einen Kreuzzug. Das ist ein Zeichen von Schwäche, *NZZ-Der andere Blick*, 30.5.2025.

<sup>2</sup> Michael Rühle, Die Nato ohne die USA? Diese Vorstellung ist unrealistisch, *Die Welt*, 15.5.2025.

<sup>3</sup> Yuval Noah Harari, Vasallen statt Verbündete, *Focus*, 23.5.2025.

vielleicht ein Komplott, um alle Länder zu schwächen und einer finsternen kosmopolitischen Elite zu dienen.“ Seiner Meinung nach sollten sich die schwächeren Länder einfach den stärkeren unterordnen, Konflikte würden nur entstehen, wenn die Schwächeren diese Tatsache nicht akzeptieren könnten. Dies beeinflusste auch seinen Blick auf die Ukraine: „In Trumps Weltsicht sind Überlegungen zu Gerechtigkeit, Moral und Völkerrecht irrelevant, das einzige, was in internationalen Beziehungen zählt, ist Macht. Da die Ukraine schwächer ist als Russland, hätte sie kapitulieren müssen. In Trumps Vision bedeutet Frieden Kapitulation, und da die Ukraine sich geweigert hat zu kapitulieren, ist sie schuld am Krieg.“ Seine Vorstellung für eine Welt nach seinen Maßstäben bringt aber erhebliche Probleme mit sich. Trumps Politik widerspricht dem Versprechen von Frieden durch Abschottung. Stärkere Staaten würden schwächere dominieren, wie sein Verhalten gegenüber langjährigen Verbündeten wie Dänemark zeigte. Er strebe keine Partnerschaften an, sondern fordere Vasallentreue und folge einem imperialen Leitbild. In einer Welt ohne Vertrauen und gemeinsame Grundlagen müssten alle Staaten zudem massiv aufrüsten, der Rüstungswettlauf aber gefährde Wohlstand und soziale Entwicklung, ohne dabei echte Sicherheit zu schaffen. Sein Modell biete außerdem keine verlässliche Methode zur Bestimmung von Stärke. Die Geschichte zeige, dass Fehleinschätzungen – wie etwa im Vietnamkrieg oder Ersten Weltkrieg – zu verheerenden Konflikten führen könnten. Diese Rückkehr zu einer vormodernen Ordnung ersetze die liberale Vision eines kooperativen Netzwerks durch ein Mosaik rivalisierender „Festungen“. Kurzfristig führe das zu Handelskriegen, Aufrüstung und imperialer Expansion. Langfristig drohten globale Katastrophen, wie ein neuer Weltkrieg, ökologischer Kollaps und eine unkontrollierbare KI. Trumps Strategie, diese Herausforderungen einfach zu ignorieren oder zu leugnen, gefährde die Zukunft, es sei Vorsicht angebracht: „Diejenigen, die Trumps Vision verteidigen wollen, sollten eine Frage beantworten: Wie können rivalisierende nationale Festungen ihre wirtschaftlichen und territorialen Streitigkeiten friedlich beilegen, wenn es keine universellen Werte oder verbindlichen internationalen Gesetze mehr gibt?“

Im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>4</sup> erklärt *Richard Baldwin*, die USA unter Trump hätten sich „vom Behüter zum Hacker des Welthandelssystems“ gewandelt. Allerdings seien seine Pläne nicht so leicht umzusetzen, wie das Beispiel China zeige, das das „Kräftemessen“ gewonnen habe, aber auch den Vorteil besitze, dass die US-Wirtschaft stark von chinesischen Importen abhängig sei. Trump werde seine „Kaskaden des Protektionismus“ dennoch ohne Rücksicht auf Verluste weiterführen. Ein Horrorszenario etwa sei als „Mar-a-Lago-Accord“ bekannt geworden: „Die USA könnten durch eine gezielte Schwächung des Dollars die Importe verteuern und die Exporte günstiger machen. Gleichzeitig könnten die Gläubigerländer dazu gezwungen werden, die US-Staatsanleihen zu schlechteren Bedingungen zu halten. Denkbar wäre, dass die USA die Laufzeiten verlängern oder den Zinssatz reduzieren. Ein solches Vorgehen könnte jedoch eine schwere Krise an den Finanzmärkten auslösen. Es würde das Vertrauen in den Dollar als globale Reservewährung erschüttern.“ Die anderen Staaten aber sollten sich auch vor Augen führen, dass das Welthandelsvolumen der USA weniger als 15 Prozent betrage, das globale Handelssystem hänge von den restlichen 85 Prozent ab. Damit das regelbasierte System überleben könne, sollten andere Länder weiterhin zumindest den Anschein wahren, sich an die WTO-Regeln zu halten – auch wenn die USA diese systematisch verletzen. So könne die internationale Handelsordnung trotz amerikanischer Alleingänge möglicherweise stabil bleiben.

„Heute sei es der König in Mar-a-Lago, der Tribut einfordere, heißt es in Asien – anstelle des Kaisers in der Verbotenen Stadt“ merkt *Hendrik Ankenbrand* in der *FAZ*<sup>5</sup> an und weist darauf hin, dass durch die Politik von Donald Trump die Gefahr bestehe, die asiatischen Staaten

<sup>4</sup> Peter A. Fischer und Albert Steck, „Am 2. April hat das Ende der globalen Führungsrolle der USA begonnen“. Fragen an den Ökonomieprofessor Richard Baldwin, NZZ, 22.5.2025.

<sup>5</sup> Hendrik Ankenbrand, Trump treibt Asien in Chinas Arme, FAZ, 27.5.2025.

in die Arme Chinas zu treiben. Trotz Bemühungen, den Handel innerhalb Asiens zu stärken, bleibe der amerikanische Markt zentral. Auch wenn die USA wirtschaftlich kaum zu ersetzen seien, hieße das aber nicht, dass Südostasien sich geopolitisch automatisch für Amerika entscheiden würde. In strategischen Fragen, wie dem Ausbau der Infrastruktur, der Zusammenarbeit bei Halbleitern, der Künstlichen Intelligenz oder einer Unterstützung Taiwans im Falle eines Angriffs, habe Trump Chinas Aussichten gestärkt – mit negativen Folgen nicht nur für die USA.

Die Außenpolitik von Donald Trump sei nicht von einer „moralischen Agenda“ geleitet, sondern im Großen und Ganzen von seiner „Eitelkeit“, lautet die Einschätzung von *Benedict Neff* in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>6</sup>. Trump wolle nur „Deals abschliessen und niemanden mit moralischen Ansprachen behilfigen“, die Rolle der USA als „Weltpolizist“ gehöre der Vergangenheit an. Dabei sei Donald Trump aber schwer einzuordnen – je nach Perspektive des Betrachters erscheine er als pragmatischer Macher oder als politischer Nihilist. Seine Politik sei weniger von Ideologie als von Selbstinszenierung geprägt. Für ihn zähle nicht die Realität, sondern deren mediale Wahrnehmung, „die einzige Ideologie, die Trump verinnerlicht hat, ist der Glaube an sich selbst“. Zudem sei sein Verhalten voller Widersprüche, einerseits spreche er von Frieden, andererseits drohe er Ländern wie Kanada oder Grönland mit Annexion. Seine Außenpolitik bleibe dadurch ambivalent, unberechenbar und potenziell gefährlich – sowohl für die USA als auch für die internationale Ordnung. Im Fall des Ukrainekriegs, dessen Vielschichtigkeit Trump zu überfordern scheine, sei unklar, wer nun die Oberhand gewinnen werde – der Friedensbefürworter oder der Nihilist.

Im *Spectator*<sup>7</sup> spekuliert *Jacob Heilbrunn*, ob Marco Rubio, der neben dem Amt des Außenministers auch das des Nationalen Sicherheitsberaters übernommen hat, geeignet sei, in die Fußstapfen von Henry Kissinger zu treten. Auch dieser hatte im Kabinett Nixon beide Positionen inne. Rubio habe alles getan, um Trump seiner Treue zu versichern und seine vergangenen Positionen, die ihn als „Falken“ ausgewiesen haben, in Vergessenheit geraten zu lassen. Sein neues Amt werde ihn noch näher ans Weiße Haus bringen. Es sei im Bereich des Möglichen, dass Rubio die Kunst der Verstellung besser beherrsche als Mike Waltz und die von ihm verfochtene harte Haltung gegenüber Russland und dem Iran doch noch durchsetzen könne: „If anyone would admire Rubio's survival skills, it is the late Kissinger – who was the ultimate Machiavellian.“

*Timothy Garton Ash* weist im *Guardian*<sup>8</sup> darauf hin, dass niemand in der Ukraine – vor allem in den von Russland mit großer Brutalität besetzten Gebieten – daran glaube, auch wenn die Friedenssehnsucht groß sei, dass irgendein „Deal“ den Krieg tatsächlich schnell beenden könne oder es wirklich einen gerechten Frieden geben werde. Die Hoffnung ruhe darauf, dass Europa seine militärische Unterstützung der Ukraine verstärken und auch die USA weiterhin Waffen liefern werden: „With the advent of the new German chancellor Friedrich Merz, plus the somewhat unexpected Churchillism of the British prime minister, Keir Starmer, Europe's 'coalition of the willing' is strong.“ Ein dauerhafter Frieden werde nicht schnell kommen und schon gar nicht durch ein überhastetes und unausgewogenes Abkommen. Nur wenn sowohl die Ukraine als auch Europa die Weitsicht, das Durchhaltevermögen und die Einigkeit für einen langen Kampf aufbringen werden, könne bis zum Ende dieses Jahrzehnts etwas erreicht werden, das wirklich den Namen des Friedens verdiene.

<sup>6</sup> Benedict Neff, Friedensaktivist und Aggressor, NZZ, 24.5.2025.

<sup>7</sup> Jacob Heilbrunn, Is Marco Rubio the next Henry Kissinger?, The Spectator, 2.5.2025. [„Wenn jemand Rubios Überlebenskünste bewundern würde, dann ist es der verstorbene Kissinger – der der ultimative Machiavellist war.“]

<sup>8</sup> Timothy Garton Ash, In Ukraine, I saw Trump's 'peace deal' wouldn't just trade away land – but lives, memories and homes, The Guardian, 23.5.2025. [„Mit dem Amtsantritt des neuen deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz und dem etwas unerwarteten Churchillismus des britischen Premierministers Keir Starmer ist Europas 'Koalition der Willigen' stark.“]

Im Gespräch mit der *NZZ am Sonntag*<sup>9</sup> plädiert *Nico Lange* für eine stärkere Unterstützung der Ukraine durch die europäischen Staaten und merkt kritisch an, ihm sei nicht klar, „wozu diese sogenannte Koalition der Willigen eigentlich willig“ sei. Der Krieg werde weitergehen, solange die Europäer nichts an ihrer zögerlichen Haltung gegenüber Russland ändern und angedrohte Sanktionen nicht auch sofort durchsetzen würden. Auf ein Eingreifen der USA könne man sich nicht verlassen und China werde sich nicht in den Konflikt hineinziehen lassen.

*Claudia Major* stellt im Interview mit der *Welt*<sup>10</sup> fest, Putin versuche nur, „die ukrainische und westliche Moral zu schwächen und zu vermitteln, dass ein russischer Sieg unabdingbar und die Unterstützung für die Ukraine sinnlos“ sei. Die russische Seite mache sich nur die Hoffnung der Europäer auf eine friedliche Lösung zunutze, denn dort fehle das Verständnis für die russische Logik. Das Missverständnis bestehe darin, dass der Westen Krieg als unmoralisch und überholt und Verhandlungen als Weg zum Frieden ansehe, während Russland Krieg als wirksam einschätze und Verhandlungen nur ein strategisches Mittel auf dem Weg zum Sieg seien. Pessimistische Aussagen über eine Ausweitung des Krieges seien wenig hilfreich. Europa sollte sich nicht als Spielball der Großmächte sehen, sondern aktiv sein Schicksal gestalten. Europa müsse als Strategie zur Kriegsverhinderung durch glaubwürdige Abschreckung zeigen, dass ein Angriff sich für Russland nicht lohne. Der Druck auf Russland müsse, auch von Seiten der USA, dringend verstärkt werden, denn nur darauf reagiere der Kreml, der bislang den Eindruck gewonnen habe, das Aussitzen und Verhandlungen zum Schein lohnten sich. Die Angst vor einem „schmutzigen Waffenstillstand“, der der Ukraine aufgezwungen werden könnte, weil im Westen die Unterstützung nachlässe, sei durchaus berechtigt. Ein Waffenstillstand ohne klare Perspektive für die Ukraine berge große Risiken für die traumatisierte Bevölkerung. Reformen würden stagnieren, die westliche Unterstützung weiter nachlassen und es drohe durchaus die Gefahr eines erneuten russischen Angriffs. Das hätte massive Folgen für Europa – mehr Flüchtlinge, eine geschwächte Sicherheitslage, ein Heranrücken Russlands an die Nato und eine mögliche Distanzierung der USA. Zudem könnten andere Staaten den Eindruck gewinnen, dass das Recht des Stärkeren gelte. Daher sei es „im eigenen normativen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interesse, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnt“.

Im Gespräch mit dem *Tagesspiegel*<sup>11</sup> erläutert *Markus Reisner*, Putin glaube, sich im „Abnutzungskrieg“ gegen die Ukraine in der Position des Siegers zu befinden. Verhandlungen, während sich die russischen Truppen langsam, aber sich auf dem Vormarsch befänden, würden nur zum Schein geführt. Der Verlauf des Ukraine-Kriegs hänge von mehreren Faktoren ab – ähnlich wie bei einer mathematischen Gleichung. Entscheidend seien dabei: die anhaltende Unterstützung des Westens, insbesondere der USA; die personellen Ressourcen der Ukraine; und die militärische Stärke Russlands nach einer Phase der Erholung. Ein Rückzug westlicher Hilfe, etwa durch einen Kurswechsel unter Donald Trump, könnte für die Ukraine schwerwiegende Folgen haben.

In der *Times*<sup>12</sup> erinnert *Edward Lucas* an die weitsichtigen Prognosen von Jimmy Carters ehemaligem Sicherheitsberater *Zbignew Brzezinski*. Er habe schon 1997 in seinem Buch „The

<sup>9</sup> Markus Bernath, „Mir ist nicht klar, wozu die ‚Koalition der Willigen‘ willig ist“. Fragen an Nico Lange. Senior Fellow bei der Münchener Sicherheitskonferenz, *NZZ am Sonntag*, 18.5.2025.

<sup>10</sup> Florian Sädler, „Es gibt keine Anreize für Putin, Kompromisse zu schließen. Es läuft ja gut für ihn“. Fragen an die Politologin Claudia Major, *Die Welt*, 28.5.2025.

<sup>11</sup> Hannah Wagner, Russland spielt auf Zeit. Fragen an Markus Reisner. Leiter des Instituts für Offiziersausbildung der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt, *Tagesspiegel*, 23.5.2025.

<sup>12</sup> Edward Lucas, West's betrayal of Ukraine should haunt us, *The Times*, 28.5.2025. [„Unterdessen sind Großbritannien und seine europäischen Verbündeten sichtlich unwillig und unwillig, eine glaubwürdige Abschreckungsgruppe zu stellen, mit oder ohne Waffenstillstand. Wir würden keinen Krieg mit Russland

Grand Chessboard“ auf die Bedeutung aufmerksam gemacht, die die Ukraine und deren Annäherung an den Westen für Russland habe und sich auch warnend zum Angebot einer Nato-Mitgliedschaft an die Ukraine positioniert habe. Dabei habe er auch das Szenario prophezeit, das nun eingetreten sei – eine Koalition aus Russland, China und dem Iran, zusammengehalten nicht durch eine gemeinsame Ideologie, sondern durch das verbindende Gefühl von erlittenen Ungerechtigkeiten. Der Westen habe 2014 nur halbherzig gegen die russische Besetzung der Krim protestiert und sei auch jetzt eher unwillig, der Ukraine genügend militärische Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Europa habe hier einfach nur Feigheit mit Zynismus kombiniert: „Meanwhile Britain and its European allies are visibly unready and unwilling to provide a credible deterrent force, with or without a ceasefire. We would not risk war with Russia when Ukraine had a chance of winning. Why would we do it when Ukraine is losing? Even the flimsiest truce will give Trump a pretext to press for sanctions relief. And at any point Putin can choose to restart the fighting. He just needs to fake a provocation and then blame Ukraine. Or, with Nato’s credibility in tatters, he can turn his attention elsewhere.“

Im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*<sup>13</sup> erläutert *Ivan Krastev*, das Jahr 2025 sei in seiner Bedeutung mit der Zäsur des Jahres 1989 zu vergleichen, denn beides sei mit dem Niedergang einer Supermacht verbunden: „1989 hörte die Sowjetunion auf, ein kommunistischer Staat zu sein, heute unter Trump hört Amerika auf, eine liberale Supermacht zu sein. Was wir nun erleben, ist das Ende des 20. Jahrhunderts. Es gibt eine vollkommen andere Konstellationen der Mächte. Wir wissen aber nicht, wie sie aussieht, und das ist der Punkt, der das Gefühl eines radikalen Risses noch verstärkt. Trumps Radikalität gründet sich nicht auf einem utopischen Glauben einer Überlegenheit Amerikas, seine Radikalität speist sich aus der Verzweiflung, dass im Grunde alles schlechter wird.“ Europa selbst müsse seine Rolle nun überdenken und sich allmählich von einer „soft power“, der es darum gehe, die „eigenen Werte und Ideale nach außen zu tragen“, zu einer verteidigungsbereiten Gemeinschaft entwickeln.

Nach den ersten Auftritten von Papst Leo XIV. glaubt *Michael Meier* in der *NZZ am Sonntag*<sup>14</sup> erste Anzeichen zu erkennen, dass der neue Pontifex plane, sich politisch zu engagieren und den Vatikan wieder als Vermittler bei internationalen Konflikten ins Spiel zu bringen. Dabei beziehe er sich eindeutig auf seinen Amtsvorgänger Leo XIII., „den Vermittler in internationalem Konflikten und Sozialpapst des 19. Jahrhunderts“, dem es ebenfalls gelungen sei, den Vatikan wieder auf die politische Bühne zurückzuführen, nach dem zunehmenden Schwinden der päpstlichen Macht seit Ausbruch der Französischen Revolution und dem Verlust des Kirchenstaates. Es könnte ihm auch gelingen, die Verwerfungen, die unter Papst Franziskus im Verhältnis zu den USA aufgebrochen seien, zu heilen und die transatlantische Achse zu erneuern.

Im *Spiegel*<sup>15</sup> stellt *Volker Reinhardt* fest, ein Blick in die Geschichte des Papsttums und der päpstlichen Politik der vergangenen Jahrhunderte erwecke eher den Eindruck, der Pontifex sei wenig geeignet zur weltweiten Friedensdiplomatie. Allerdings machten die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte Hoffnung, als unter Papst Johannes XXIII. eine „Öffnung hin zu Demokratie und Pluralismus – ohne jedoch die Macht oder Substanz des Papsttums zu schmälern“, begonnen worden sei. Und besonders das Profil des neuen Papstes Leo XIV. gebe Grund zur Hoffnung. Der frühere Augustinermönch, Missionar und Bischof Robert Francis Prevost habe

---

riskieren, wenn die Ukraine eine Chance auf Sieg hätte. Warum sollten wir das tun, wenn die Ukraine verliert? Selbst der fadenscheinigste Waffenstillstand wird Trump einen Vorwand liefern, um auf eine Lockerung der Sanktionen zu drängen. Und Putin kann sich jederzeit dafür entscheiden, die Kämpfe wieder aufzunehmen. Er muss nur eine Provokation vortäuschen und dann die Ukraine beschuldigen. Oder, da die Glaubwürdigkeit der Nato in Trümmern liegt, kann er seine Aufmerksamkeit auf etwas anderes richten.“]

<sup>13</sup> Mareen Linnartz/Verena Mayer, Brüche. Fragen an den Politologen Ivan Krastev, SZ, 31.5.2025.

<sup>14</sup> Michael Meier, Ein politischer Papst? Das war lange normal, NZZ am Sonntag, 25.5.2025.

<sup>15</sup> Volker Reinhardt, Der Papst als Chefdiplomat, Der Spiegel, 31.5.2025.

sich als Brückenbauer und Diplomat bewährt. Mit der Wahl seines Namens knüpfte er bewusst an Papst Leo XIII. an, der für diplomatische Stärke stand. Leo XIV. werde von Kardinälen unterschiedlichster Richtungen unterstützt, was ihn zu einem integrativen Papst mache – ganz in der Tradition jener Päpste, die keiner festen ideologischen Richtung angehörten, sondern vielen etwas bieten konnten.

Sönke Neitzel spricht sich im Interview mit der *taz*<sup>16</sup> für die erneute Einführung der Wehrpflicht aus und wirbt in diesem Zusammenhang auch für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen: „Heute ist die Gesellschaft viel diverser. Und klar gibt es Leute, die hier leben und keinen Bezug zu diesem Staat haben. Aber wenn wir diesen Schritt nicht tun, wird der Krieg wahrscheinlicher: Weil wir nicht abschrecken, weil wir Signale der Schwäche senden. Mit dem Motto: Auf Kämpfen haben wir keinen Bock, das sollen die Amerikaner machen, kommen wir nicht mehr durch.“ Er weist darauf hin, dass die Bundeswehr mit Blick auf die Ukraine Lehren ziehen könne. So wäre eine enge Verbindung zwischen der Bundeswehr und der IT-Szene sinnvoll für die Steigerung der Verteidigungsfähigkeit. Gleichzeitig warnt er davor, dass Putin sich jede ihm bietende Möglichkeit ergreifen werde, um den Westen zu destabilisieren und sicher auch nicht vor einem Angriff zurückschrecken werde. Auch die Fähigkeiten der russischen Streitkräfte sollte man nicht unterschätzen: „Russland sollten wir einfach nicht unterschätzen und unsere Fähigkeiten nicht kleinreden, aber gerade derzeit auch nicht überbewerten. Und natürlich gibt es immer wieder Leute, für die von Russland keine Gefahr ausgeht. Dabei fordert Putin Europa schon mit Cyberangriffen heraus. Eigentlich hätten wir schon den Spannungsfall erklären müssen.“

## In der Debatte: Deutsch-israelische Beziehungen

Mit Blick auf den 60. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel stellt Alexander Haneke in der *FAZ*<sup>17</sup> fest, „die tiefe Verantwortung der Bundesrepublik für das Existenzrecht des jüdischen Staates, die auf den unermesslichen Verbrechen der Vergangenheit gründet, darf ehrlicher Kritik nicht im Weg stehen“. Die „historische Pflicht“ Deutschlands bestehe darin, Israels Wunden anzuerkennen, zu verstehen und diese Verbundenheit für eine friedlichere Zukunft im Nahen Osten zu nutzen. Angesichts des Vorgehens der aktuellen israelischen Regierung unter Benjamin Netanjahu, die humanitäre Hilfe für Gaza blockiere und keine Lösungen für den Konflikt mit den Palästinensern anstrebe, sollte Deutschland aktiv und entschlossen für Verbesserungen vor Ort eintreten.

Bernd Dörries fordert in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>18</sup>, die deutschen Waffenlieferungen an Israel zu überdenken. Israel habe über Wochen keine humanitäre Hilfe in Gaza zugelassen und bombardiere zivile Einrichtungen unter dem Vorwand, es handle sich um Hamas-Stellungen – ohne aber unabhängige Überprüfung zuzulassen. Immer mehr Länder forderten eine Einstellung der Kriegshandlungen oder hätten ihre Rüstungsexporte sogar schon eingestellt. Mit den Waffen werde Benjamin Netanjahu unterstützt, der mittlerweile ganz offen von der Vertreibung der Palästinenser spreche und der deutlich mache, dass er keinen Frieden wolle. Dies ging zulasten des moralischen Anspruchs, den Deutschland vertrete: „Deutschland war in der Welt mal ein Land, das für Humanität einstand, für das Völkerrecht und die Menschenrechte. Damit braucht es auf absehbare Zeit niemandem mehr zu kommen.“

<sup>16</sup> Daniel Schulz/Ambros Waibel, „Vielleicht ist es der letzte Sommer in Frieden“. Fragen an den Militärhistoriker Sönke Neitzel, *taz. die tageszeitung*, 30.5.2025.

<sup>17</sup> Alexander Haneke, Historische Pflicht, *FAZ*, 13.5.2025.

<sup>18</sup> Bernd Dörries, Keine deutschen Waffen mehr, *SZ*, 27.5.2025.

Richard C. Schneider betrachtet in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>19</sup> die Debatte über Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson, die nach einem Interview von Felix Klein mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*<sup>20</sup>, wieder aufgeflammt sei. Darin habe Klein gefordert, „ehrlicher über den Begriff Staatsräson zu diskutieren, genauso wie über das Wort Existenzrecht“, denn beide Begriffe seien für das deutsche Staatsverständnis und das Verhältnis zu Israel von grundlegender Bedeutung, aber sie seien auch „unscharf“, was die Debatte verkompliziere. Das Bekenntnis zur Sicherheit Israels dürfe kein Freibrief für jede politische Handlung sein, etwa das „Aushungern“ der Zivilbevölkerung in Gaza. Die Gleichsetzung von Solidarität mit Israel dürfe nicht mit bedingungsloser Unterstützung jeder israelischen Regierungspolitik verknüpft werden. Die Debatte um die Staatsräson sei innerdeutsch geprägt, spiegle aber auch eine wachsende Unzufriedenheit mit der bisherigen Israel-Politik wider, urteilt Richard C. Schneider. Hier sei ein Balanceakt notwendig: „Wird die deutsche Debatte in der Lage sein, die Diskussion darüber nicht hin zu einer Entschuldigung der eigenen Vergangenheit entgleiten zu lassen? Die unerhörten Versuche, das israelische Vorgehen in Gaza mit dem Holocaust zu vergleichen, sind längst präsent.“ Ganz allmählich scheine sich die deutsche Politik sehr vorsichtig in Richtung einer kritischeren Haltung gegenüber Israel zu bewegen – ohne aber dessen Existenzrecht infrage zu stellen.

Daniel Brössler setzt sich in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>21</sup> mit den Veränderungen in den deutsch-israelischen Beziehungen auseinander, seit Rudolf Dreßler, der damalige deutsche Botschafter in Israel, vor 20 Jahren die Maxime formulierte, die Sicherung der Existenz Israels liege im deutschen Interesse und sei somit Teil der Staatsräson. Die deutsche Israel-Politik stehe – mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen – vor einem tiefgreifenden Dilemma. Einerseits sei die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson, andererseits gerate diese Haltung angesichts der aktuellen israelischen Kriegsführung und den lauter werdenden Forderungen anderer europäischer Staaten zu mehr Distanz zunehmend unter Druck: „Praktisch äußert sich die Besonderheit der deutschen Haltung gegenüber Israel im Wesentlichen in zwei Bereichen – in der Bereitschaft, Waffen zu liefern, die es zur Verteidigung braucht, und in der Weigerung, den Staat Israel in der diplomatischen Arena zu isolieren und auf längere Sicht zu delegitimieren. In beiden Fällen ist es unmöglich, auf die Regierung in Jerusalem zu zielen, ohne die Menschen in Israel zu treffen. Wer fordert, Deutschland möge sich im Umgang mit Israel ein Beispiel nehmen an Norwegen oder Frankreich, der sollte sich und anderen nichts vormachen. Die Maxime der israelischen Sicherheit als Teil deutscher Staatsräson hätte ihr Haltbarkeitsdatum überschritten. Sie wäre abgelaufen.“ Der Bundeskanzler und sein Außenminister könnten die deutsche Sonderrolle dazu nutzen, klarer Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung zu üben, etwa mit Blick auf den Bruch des Völkerrechts, und auf die Wanckelmütigkeit der amerikanischen Politik verweisen. Gleichzeitig bleibe die historische Verantwortung gegenüber Israel bestehen. Die Angst um Israels Existenz sei real – und das Versprechen „Nie wieder“ behalte in jedem Fall seine Gültigkeit.

Jan Ross macht in der *Zeit*<sup>22</sup> deutlich, Deutschland solle allen Aufforderungen widerstehen, Israel öffentlich abzustrafen oder in eine internationale Außenseiterrolle zu drängen. Zum einen sollten wichtige Bündnisse auch bei politischem Gegenwind nicht einfach in Frage gestellt werden, zum anderen gebe es auch eine historische und moralische Verantwortung für das deutsche Handeln. Die aktuelle Debatte reduziere Israel oft auf seine militärischen Handlungen, blende aber aus, dass die Existenz des jüdischen Staates zunehmend infrage gestellt

<sup>19</sup> Richard C. Schneider, Deutschlands Solidarität mit Israel wird hinterfragt, NZZ, 27.5.2025.

<sup>20</sup> Oliver Georgi, „Das kann nicht Staatsräson sein“. Fragen an den Antisemitismusbeauftragten Felix Klein, FAS, 25.5.2025.

<sup>21</sup> Daniel Brössler, Diese Freunde, SZ, 24.5.2025.

<sup>22</sup> Jan Ross, Schmerz und Solidarität, Die Zeit, 22.5.2025.

werde – von linken Aktivisten bis hin zu Regierungschefs werde Israel dämonisiert, der Zionismus als rassistisch diffamiert. Vor dem Hintergrund des Holocaust sei es gerade für Deutschland essenziell, Israels Existenzrecht zu verteidigen und seine volle Mitgliedschaft in der internationalen Gemeinschaft zu unterstützen; auch dann, wenn es Kritik an der israelischen Regierung gebe: „Auch wenn Deutschland der israelischen Regierung widerspricht und ihr sogar entgegenarbeitet – mit dem Staat Israel muss es solidarisch sein.“

In der *Süddeutschen Zeitung*<sup>23</sup> spricht sich Ronen Steinke explizit dafür aus, sollte Benjamin Netanyahu nach Deutschland kommen, müsse der Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen ihn vollstreckt werden. Auch wenn man über die „juristische Qualität“ des Strafbefehls durchaus diskutieren könne, da Israel dem Gerichtshof nicht angehöre, gelte das Recht für alle gleichermaßen. Sollte Deutschland dies ignorieren, würde es reine „Buddy-Politik“ betreiben und sende das Signal, dass das Recht nicht für alle gleichermaßen gelte, analog zum Vorgehen des autoritär regierenden Viktor Orban: „Wer das als deutscher Politiker sabotieren möchte, weil es gerade nicht passt oder weil es im Hinblick auf die deutsche Geschichte widersprüchliche Empfindungen auslöst, der möge von der ‚regelbasierten Ordnung‘ für immer schweigen.“

Michael Wolffsohn merkt in der *Welt*<sup>24</sup> an, auch wenn es den Tatsachen widerspreche, werde in den Geschichtsbüchern stehen, Israel habe im Gaza Völkermord verübt. Er warnt vor einer Gleichsetzung Israels mit dem nationalsozialistischen Deutschland, die zwar „total kontrafaktisch“, aber sehr wirkmächtig und einprägsam sei. Auch wenn der Vorwurf des Völkermords gegen Israel faktisch falsch sei, werde er weltweit verbreitet und könnte sich langfristig als „Wahrheit“ etablieren – ähnlich alten antisemitischen Legenden wie Ritualmord oder Brunnenvergiftung. Diese Entwicklung betreffe aber nicht nur Israel, sondern „die Juden“ insgesamt, da Israel als „jüdischer Staat“ wahrgenommen werde und sich viele Juden weltweit mit ihm verbunden fühlten. So entstehe ein neues, dauerhaftes Stigma, das Juden erneut kollektiv als Täter markiere, obwohl sie historisch Opfer gewesen seien: „Deutschlands Kainszeichen besteht aus der realhistorischen Einheit der Dreiheit von Auschwitz, Holocaust und sechs Millionen ermordeten Juden. Das fiktionalhistorische Kainszeichen von Juden und Israel besteht aus der Einheit der Dreiheit von Ritualmordlegende, Brunnenvergiftungen und Gazakrieg.“

Im Gespräch mit der *Jüdischen Allgemeinen*<sup>25</sup> konstatiert Wolfram Weiner: „Wir haben in Deutschland leider ein mehrfaches Antisemitismus-Problem.“ Sein erstes Gespräch als neuer Kulturstaatsminister habe er mit Josef Schuster, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, geführt, dabei auch über das „Rahmenkonzept Erinnerungskultur“ gesprochen und deutlich gemacht, die „Singularität des Holocaust“ solle weiterhin ebenso Priorität haben, wie die deutliche Sichtbarmachung jüdischen Lebens in Deutschland.

## In der Debatte: Demokratie und Populismus

Bernd Stegemann setzt sich im *Cicero*<sup>26</sup> mit der aktuellen Lage des Konservatismus in Deutschland auseinander und fragt sich, ob es Friedrich Merz und dem neuen Kulturstaatsminister Wolfram Weiner gelingen werde, eine „geistig-moralische Wende“ einzuleiten, an der schon Helmut Kohl gescheitert sei. Seit dem Historikerstreit dominiere ein Diskurs, in dem konservatives Denken schnell als „rechts“ abgewertet werde, worauf die konservative Seite mit „Selbstblockade“ und sogar Denkverboten reagiere: „Das eine Verbot wurde von Habermas

<sup>23</sup> Ronen Steinke, Das Recht gilt auch für ihn, SZ, 28.5.2025.

<sup>24</sup> Michael Wolffsohn, Gazakrieg und Auschwitz als Kainszeichen, Die Welt, 30.5.2025.

<sup>25</sup> Ayala Goldmann/Philipp Peyman Engel, „Deutschland darf das nicht zulassen“. Gespräch mit dem Staatsminister für Kultur und Medien, Jüdische Allgemeine, 15.5.2025.

<sup>26</sup> Bernd Stegemann, Die CDU und die konservative Selbstblockade, Cicero, 23.5.2025.

verhängt und wird bis heute unerbittlich überwacht: Konservativ ist gleich rechts ist gleich Faschismus. Das andere haben sich die Konservativen selbst auferlegt. Es beginnt mit der Scheu, etwas zu sagen, was vom linken Mainstream als rechts bewertet werden könnte, und es endet in dem Ideologem der Brandmauer.“ Eine reine Abwehrhaltung sei ebenso wenig zielführend wie einfach nach der „Anerkennung durch den linken Mainstream“ zu streben. Dies werde fatale Folgen haben: „Ob ein einsamer Kulturstaatsminister eine geistig-moralische Wende einleiten kann, ist fraglich. Dass die linken Hegemoniewächter dennoch den Ausnahmestatus ausrufen und zum letzten Gefecht blasen, sollte über die desolate Lage der Konservativen nicht hinwegtäuschen. Die lachende Dritte könnte eine Partei sein, der das Verdammungsurteil ‚rechtsextrem‘ keine Angst mehr macht. Und das wäre eine Dialektik, mit der die habermassche Verbannung aller Konservativen wohl nicht gerechnet hat.“

Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen in Rumänien moniert *Neil Clark* im *Spectator*<sup>27</sup> den Umgang mit nicht genehmten Wahlergebnissen und fragt sich, wie demokratisch es sei, Voten zu ignorieren und bei deren Nichtgefallen Neuwahlen anzusetzen. Er konstatiert, die Ereignisse in Rumänien erinnerten an frühere Fälle in Europa, etwa die Wiederholung des irischen Referendums zum Vertrag von Lissabon. Auch dort sei das ursprüngliche Votum nicht akzeptiert worden. Solche Entwicklungen nährten den Eindruck, dass demokratische Prozesse nur dann Bestand hätten, wenn sie mit den Erwartungen und den Werten der politischen Eliten übereinstimmten. Wenn man Demokratie ernst nehmen wolle, müsse die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler respektiert werden – auch dann, wenn sie unbequeme oder kontroverse Kandidaten bevorzugten: „We routinely criticise other countries for sham elections where only officially ‘approved’ candidates can stand and win, but aren’t we, in the ‘democratic West’ at least halfway there already?“

Das *Editorial Board* der *New York Times*<sup>28</sup> erläutert, warum es Friedrich Merz und seiner Regierung die Daumen drücke und viel Erfolg wünsche. Er stehe mit seiner großen Koalition vor der undankbaren Aufgabe, die AfD in ihre Schranken weisen zu müssen. Die AfD sei eine der extremsten rechten Großparteien weltweit. Sie verbreite nationalistische und antisemitische Botschaften, pflege Verbindungen zu Wladimir Putin und sei selbst Marine Le Pen zu radikal. Trotz ihrer extremen Positionen erziele sie große Wahlerfolge, vor allem bei jüngeren Wählern. Die Unzufriedenheit vieler Deutscher mit Wirtschaft und Migration treibe sie in die Arme der AfD. Die neue deutsche Regierung aus Mitte-Rechts und Mitte-Links habe jetzt die Chance, ein starkes Zeichen für die liberale Demokratie zu setzen. Wenn sie gemeinsam gegen Extremismus vorgehe und konkrete Ergebnisse liefere, könnte sie ein Vorbild für andere Demokratien in Europa und den USA sein. Angesichts der weltweiten Bedrohung demokratischer Systeme wäre ein Machtgewinn der AfD in Deutschland ein verheerendes Signal. Es sei richtig von Merz gewesen, die Migration als Problem zu benennen. Der größte Fehler, den Merz und seine Koalitionspartner begehen könnten, wäre, die Einwanderungspolitik nicht zu verschärfen und die öffentliche Meinung außer Acht zu lassen. Des Weiteren habe Merz erkannt, dass wirtschaftliche Investitionen notwendig seien, um Deutschlands Herausforderungen zu begrenzen und seine bisherigen Haltung gegen höhere Staatsverschuldung revidiert, um Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung, grüne Energie und Verteidigung zu ermöglichen. Besonders die militärischen Ausgaben seien in diesem Fall bedeutsam – sowohl zur Selbstverteidigung Europas angesichts globaler Bedrohungen als auch wegen ihrer wirtschaftlichen Impulse. Die Einigung innerhalb der Koalition zeigt, dass Kompromisse zwischen Mitte-

<sup>27</sup> Nick Clark, Democracy dies in Romania, The Spectator, 19.5.2025. [„Wir kritisieren regelmäßig andere Länder für Scheinwahlen, bei denen nur offiziell ‚anerkannte‘ Kandidaten kandidieren und gewinnen können, aber sind wir im ‚demokratischen Westen‘ nicht schon auf halbem Weg?“]

<sup>28</sup> Editorial Board, Why We’re Rooting for Germany’s Conservative Chancellor, The New York Times, 17.5.2025. [„Friedrich Merz und seine Koalitionspartner haben jedoch die Chance, zu beweisen, dass das politische Establishment noch handlungsfähig ist. Ihr Erfolg ist entscheidend – nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Zukunft der liberalen Demokratie insgesamt.“]

Rechts und Mitte-Links möglich seien. Sollte die Regierung allerdings wieder in Streit verfallen und keine sichtbaren Fortschritte erzielen, drohe ein weiterer Zulauf zur extremistischen AfD: „Mr. Merz and his governing partners have an opportunity to show that the political establishment can still deliver results. Their success matters for Germany and for liberal democracy.“

*Jan-Werner Müller* konstatiert im Gespräch mit der *Furche*<sup>29</sup>, „Liberalismus und Demokratie sind nicht identisch“. Demokratie bedeute mehr als nur Wahlen – sie erfordere Meinungsfreiheit, Medienvielfalt und den Zugang zu Informationen. Wer diese Grundlagen zerstöre, könne nicht als echter Demokrat gelten. Zwar seien christdemokratische Parteien früher oft illiberal gewesen, etwa in ihrer Ablehnung von Säkularisierung und Individualismus, doch dies habe nicht zwangsläufig im Widerspruch zu demokratischen Grundrechten gestanden. Viktor Orbán jedoch als „illiberalen Demokraten“ zu bezeichnen, verharmlose seine autoritären Tendenzen und untergrabe nicht nur liberale Werte, sondern die Demokratie selbst. Populisten zeichneten sich durch ihren Anspruch aus, „sie und nur sie würden das vermeintlich ‚wahre Volk‘ repräsentieren“. Dies führe zur Delegitimierung aller politischer Gegner und zum Ausschluss derjenigen, die eine andere Meinung vertreten würden, selbst wenn dies die eigenen Staatsbürger seien. Diese Haltung widerspreche demokratischen Grundprinzipien, da sie auf Antipluralismus basiere und Vielfalt sowie gleichberechtigte Teilhabe untergrabe. Ein Warnsignal für autoritäre Tendenzen stelle der Abbau innerparteilicher Demokratie dar. Werde eine Partei zur „Bewegung“ umgebaut und stark auf eine einzelne Person ausgerichtet, verschwinde der interne Pluralismus. Dies könne ein Hinweis auf einen autoritären Führungsstil sein – nicht nur in der Partei, sondern auch in der Regierung. Rechtspopulisten weltweit neigten dazu, ihre Parteien autokratisch zu führen. Zwar sei innerparteilicher Streit oft unbequem, aber er diene als demokratische Absicherung. Ohne diese Absicherung könne es zu gefährlichen Entwicklungen kommen, wie das Beispiel Trump und der Sturm aufs Kapitol in Washington veranschauliche. Populisten einfach die Regierung zu überlassen, könne sich als gefährlicher Weg herausstellen. Sie von den Debatten auszuschließen sei ebenso riskant, wie den von ihnen propagierten Themen einfach nachzulaufen. Sind Populisten an der Macht, hänge viel vom Verhalten der Oppositionsparteien ab, die die aktiv Gegenentwürfe entwickeln müssten. Zudem sei das Verhalten der Justiz wichtig, die Einhalt gebieten könne und die Menschen müssten den Protest auf die Straße tragen: „Hoffnung gibt es überall, wo zumindest die Möglichkeit existiert, etwas zu tun.“

*Michael Meyer-Resende*, Geschäftsführer der Berliner NGO Democracy Reporting International, erläutert in der *FAZ*<sup>30</sup>, warum er das aus den USA stammende Schema „liberal“ gegen „illiberal“ für ungeeignet halte, um es auf die europäische Politik zu übertragen. In den USA seien die Begriffe gleichbedeutend mit „links“ und „rechts“ und somit eine einfache Übertragung auf die vielschichtigen europäischen Mehrparteiensysteme sei kaum möglich, da dies häufig zu Begriffsverwirrungen führe: „Der Begriffsrahmen des (Il-)liberalismus und des Populismus verwirrt nicht nur das Verständnis politischer Vorgänge, er verwischt auch die Grenzen zwischen demokratischen und autoritären Systemen und Akteuren. Einerseits wird autoritären Kräften ein Demokratie-Kredit eingeräumt, der ihnen nicht zusteht. [...] Andererseits entsteht der Eindruck, in der Demokratie müsse alles liberal sein, sonst wäre sie weniger demokratisch. Aber eine linke Wirtschaftspolitik (illiberal) ist genauso legitim wie eine konservative Gesellschaftspolitik (auch illiberal). Darüber haben die Wähler zu befinden. Und was den Staatsaufbau angeht, so mischt jede Demokratie die Mehrheitsentscheidung und den Minderheitenschutz auf verschiedene Weise.“ Demokratie bestehe aus einem Spannungsverhältnis zwischen Mehrheitsentscheidung und Minderheitenschutz. Wie dieses Verhältnis austariert werde, sei eine grundlegende und dauerhafte Debatte in jeder Demokratie. Wichtig allerdings

<sup>29</sup> Philipp Axmann, „Sie reden vom wahren Volk“. Fragen an den Parteienforscher Jan-Werner Müller, Die *Furche*, 30.4.2025.

<sup>30</sup> Michael Meyer-Resende, Jenseits von links und rechts, FAZ, 28.5.2025.

sei festzustellen, wann ein politisches System die Linie übertrete, an dem es nicht mehr als demokratisch gelten könne, weil das Zusammenspiel von Mehrheitsprinzip und Gewaltenteilung aufgegeben worden sei. Entscheidend sei daher die Frage, ob eine Partei demokratische Grundprinzipien beachte, nicht, ob sie liberal sei.

Im *Atlantic*<sup>31</sup> beschreibt Peter Wehner, wie sehr sich die „Grand Old Party“ unter dem Einfluss von Donald Trump gewandelt habe. Es sei noch nicht lange her, da bezeichneten sich viele Republikaner stolz als „Verfassungskonservative“. Sie glaubten an die Rechtsstaatlichkeit, an die Begrenzung der Macht des Staates, insbesondere der Bundesregierung, an den Schutz der individuellen Freiheit sowie an ein System der gegenseitigen Kontrolle und Gewaltenteilung. Sie lehnten die zentrale Planwirtschaft ab und warnten vor den vom Mob geschürten Emotionen. Wie die Gründerväter glaubten sie, dass die Rolle des Staates darin bestehe, die Volksstimmung zu vermitteln, anstatt sie zu spiegeln. In der Rechtsphilosophie stehe der „Verfassungskonservatismus“ für den Textualismus, also die Auslegung von Gesetzen und der Verfassung nach ihrem klaren Wortlaut. Trump und seine MAGA-Anhänger zeigten dagegen nur Verachtung für Gesetze, Verfahren und die Verfassung. Sie wollten die Bundesregierung stärken, um sie in ein Instrument roher Gewalt zu verwandeln, mit dem Verbündete belohnt und Gegner vernichtet werden können. Gesetze und die Verfassung könnten einfach umgeformt werden, die von Trump beherrschte Republikanische Partei unterstützte vorbehaltlos jeden seiner Schritte, sie habe sich fast über Nacht verwandelt und stehe nun für alles, was sie zuvor abgelehnt habe, es wirke, als befände sich die USA, fünf Monate nach Trumps Amtsantritt, auf dem Weg in einen autoritären Staat. Der Ausgang aber sei noch ungewiss, die Gerichte erwiesen sich größtenteils als wichtiges Bollwerk gegen den Trumpismus. Mit der verschärften Auseinandersetzung werde hoffentlich auch der Widerstand gegen ihn wachsen und sich verstärken.

## Rezensionen

Dietmar Süß stellt in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>32</sup> zwei Bände einander gegenüber, die das Verhältnis der Deutschen zu Hitler und dem Nationalsozialismus unterschiedlich bewerteten. Während Peter Longerich in seinem Buch **Unwillige Volksgenossen. Wie die Deutschen zum NS-Regime standen. Eine Stimmungsgeschichte** betone, das NS-Regime habe sich nicht auf einen breiten Konsens in der Bevölkerung stützen können, vermittele der von Felix Bohr herausgegebene Sammelband **Hitlers treues Volk. Warum so viele Deutsche dem Nationalsozialismus verfielen** ein sehr viel differenzierteres Bild.

In der *Süddeutschen Zeitung*<sup>33</sup> stellt Joachim Käppner das Buch **Ein Krieg wie kein anderer. Der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Eine Revision** von Jochen Hellbeck vor und merkt an, dem Autor sei, vor allem durch die Auswertung sowjetischer Quellen, ein „wichtiger Beitrag zum Verständnis des Zweiten Weltkriegs gelungen“, allerdings müsse man auch darauf hinweisen, dass die „seriöse Forschung über den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion ab 1941“ schon sehr umfangreich sei, so dass die von ihm beklagte „Verdrängung“ des Leids der Menschen in der UdSSR“ so nicht korrekt sei.

„Das Buch ist eine informative und anregende Lektüre zu einem weitgehend unbekannten Kapitel des Kriegsendes“ lautet das Urteil von Thomas Jansen in der FAZ<sup>34</sup> über **Mai 1945: Das absurde Ende des „Dritten Reiches“. Wie und wo die Nazi-Herrschaft wirklich ihr Ende**

<sup>31</sup> Peter Wehner, The Unconstitutional Conservatives, The Atlantic, 31.5.2025.

<sup>32</sup> Dietmar Süß, Wie groß war der Abstand zum „Führer“?, SZ, 19.5.2025.

<sup>33</sup> Joachim Käppner, Die böse Sowjetunion, SZ, 12.5.2025.

<sup>34</sup> Thomas Jansen, Die Kapitulation war nicht das Ende, FAZ, 20.5.2025.

fand von **Gerhard Paul**, der sich darin mit der drei Wochen währenden Regierung von Großadmiral Karl Dönitz in Mürwik beschäftigt habe.

Auf *Geschichtsbewusst* befasst sich *Rafael Seligmann* mit der Publikation **Es ist etwas aus den Fugen geraten in diesem Land. Ausgewählte Reden, Texte und Interviews vom 7. Oktober 2023 bis zum 27. Januar 2025** von **Josef Schuster** und konstatiert, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden gebe in seinen Reden „den deutschen Juden eine Stimme und merkt an: „Dieses Buch beweist, dass wir mehr Menschen mit einem moralischen Kompass brauchen, der jenem Josef Schusters gleicht.“

Kurt Kister betrachtet in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>35</sup> das Buch **Deutsche Militärgeschichte. Von der frühen Neuzeit bis zur Gegenwart** von **Stig Förster** und stellt fest: „Den Anspruch, Militärgeschichte als integralen Teil der Allgemeingeschichte zu verstehen, erfüllt Förster in seinem qualitativ wie quantitativ großen Werk sehr gut. Es ist eine deutsche Geschichte aus der Perspektive des Militärhistorikers, bei der aber das genuin Militärische eher den durchaus wichtigen, zusammenhaltenden Rahmen bildet als den Mittelpunkt.“

Mit seiner Darstellung **Die Deutschen in der Welt. Siedler, Händler, Philosophen: Eine globale Geschichte vom Mittelalter bis heute** versucht **David Blackbourn** „alte Mythen der Geschichtsschreibung“ zu korrigieren und mit seinem „Talent, Geschichte nicht nur zu analysieren, sondern vor allem auch zu erzählen, das ihn von den meisten seiner deutsch schreibenden Kollegen unterscheidet“ sei es ihm gelungen, eine „anregende[...] Lektüre zu erschaffen“, lautet das Urteil von *Gerrit Tiefenthal* in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>36</sup>.

In der *Times*<sup>37</sup> befasst sich *David Charter* mit dem Buch **Original Sin** von **Jake Tapper** and **Alex Thompson**, in dem beide Autoren überzeugend darlegten, in welcher Weise die engste Umgebung, das sogenannte Politbüro, und die Familie von Joe Biden versucht hätten, dessen im Niedergang befindlichen Gesundheitszustand und seine drastisch nachlassenden kognitiven Fähigkeiten zu verheimlichen, um seine Wiederwahl nicht zu gefährden.

*Lionel Barber* weist in der *Financial Times*<sup>38</sup> auf drei Bücher hin, die sich mit der Kabale um die erneute Präsidentschaftskandidatur von Joe Biden befassen: Neben **Original Sin** von **Jake Tapper** und **Alex Thompson** seien **Fight: Inside the Wildest Battle for the White House** von **Jonathan Allen** und **Amie Parnes** sowie **Uncharted: How Trump Beat Biden, Harris and the Odds in the Wildest Campaign in History** von **Chris Whipple** lesenswert und aufschlussreich.

In seinem Buch **Das Schattenreich des Alexander Schalck-Golodkowski – Vom Entstehen und Verschwinden der DDR-Milliarden** habe **Norbert F. Pötzl** „das abenteuerliche Leben des Alexander Schalck-Golodkowski zwischen Devisen- und Stasi-Sumpf spannend rekonstruiert“, merkt *Ralf Husemann* in der *Süddeutschen Zeitung*<sup>39</sup> an.

*Zoé Baches* weist in der *Neuen Zürcher Zeitung*<sup>40</sup> auf die von **Thomas Borer** verfasste fünfjährige Dokumentation **Die Task Force Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Nazigold und nachrichtenlose Vermögen. Die große außenpolitische Krise der Schweiz in den Jahren 1996 bis 1999** hin. Der Autor schildere darin – als persönlich Beteiligter – den Streit und die Verhandlungen zwischen der USA und der Schweiz über die in der Schweiz gelagerten Vermögenswerte von Holocaust-Opfern und lege eine „sehr flüssig geschriebene, äusserst detailreiche Beschreibung von Ereignissen und Personen“ vor.

<sup>35</sup> Kurt Kister, Das Schlachtfeld ist überall, SZ, 27.5.2025.

<sup>36</sup> Gerrit Tiefenthal, Deutschland war massgebend für das Projekt der Globalisierung, NZZ, 6.5.2025.

<sup>37</sup> David Charter, The fall of Joe Biden – and how his team covered up his decline, The Times, 15.5.2025.

<sup>38</sup> Lionel Barber, The great Biden cover-up and how the Democrats lost 2024, Financial Times, 20.5.2025.

<sup>39</sup> Ralf Husemann, Milliarden-Mann der DDR, SZ, 12.5.2025.

<sup>40</sup> Zoé Baches, Der Krimi um die nachrichtenlosen Vermögen, NZZ, 13.5.2025.

Die „wichtigste Währung der Welt“, den US-Dollar, nehmen zwei „lesenswerte“ Publikationen in den Blick, die Alexander Armbruster in der FAZ<sup>41</sup> vorstellt: **Our Dollar, Your Problem** von Kenneth Rogoff sowie **King Dollar** von Paul Blustein.

Hermann Wentker befasst sich in der FAZ<sup>42</sup> mit dem von Jörg Ganzenmüller herausgegebenen Band **Transformationserfahrungen. Lebensweltliche Umbrüche in Ostdeutschland nach 1990**, der versucht erste Antworten auf die Frage zu geben, wie Ostdeutsche die Jahre nach der Wende erlebten und konstatiert: „Insgesamt handelt es sich bei dem heterogenen Band nicht um eine abschließende Bilanz der ostdeutschen Transformationserfahrungen. Aber er stellt einen willkommenen ersten Schritt dar, der hoffentlich zu weiteren Forschungen anregt.“

Im Cicero<sup>43</sup> betrachtet Eckard Jesse **Deutschlands blaues Wunder** von Werner Patzelt, der „eine Art Gesamtdarstellung dieser Partei von der Gründung bis zur Gegenwart, zu ihrer Wählerschaft und Wahrnehmung ebenso wie zu ihrer Programmatik und Parlamentsarbeit“ vorgelegt habe, die „neben vielen Stärken gewisse Schwächen“ aufweise – etwa bei der kritiklosen Übernahme von Umfrageergebnisse oder dem Gebrauch des Extremismusbegriffs.

Roger Boyes weist in der Times<sup>44</sup> auf die von Candace Rondeaux verfasste vielschichtige Darstellung **Putin's Sledgehammer: The Wagner Group and Russia's Collapse into Mercenary Chaos** hin, in dem die Autorin den Militärcoup von Jewgeni Prigoshins Söldnertruppe 2023 betrachte und dabei auch der Frage nachgehe, ob Putin durch einen Aufstand des Militärs gestürzt werden könne.

Der Economist<sup>45</sup> betrachtet die Biografie **The Party's Interests Come First**, in der Joseph Torigian anschaulich schildere, wie die in der Kindheit erlittenen Härten und der Vater Xi Zhongxun, ein in Ungnade gefallener KP-Funktionär, die Weltsicht von Ji Jinping geprägt haben.

**Mehr Emotionen wagen. Wie wir Angst, Hoffnung und Wut nicht dem Populismus überlassen** von Johannes Hillje sei, so urteilt Oliver Jungen in der FAZ<sup>46</sup>, ein „Plädoyer für das begründete Misstrauen und den demokratischen Streit“, bei dessen Lektüre allerdings Enttäuschung zurückbleibe, „wenn nach einer sich richtig anführenden Beschreibung der Problemlage doch nur naheliegende Strategien zur Sprache kommen, die auf verschiedenen Ebenen längst ausprobiert werden“.

Rüdiger Görner weist in der FAZ<sup>47</sup> auf den von Holger Pils „mustergültig“ edierten Band **Thomas Mann & Katia Mann: „Liebes Fräulein Herz“. Briefwechsel mit Ida Herz 1924–1955** hin, der einen Blick in die äußerst umfangreiche Korrespondenz zwischen Thomas Mann und seiner eifrigsten Briefeschreiberin gewähre.

„Zitate für jeden Tag im Jahr sind aus den Tagebüchern von Thomas Mann in einem kleinen, schicken Buch zusammengetragen worden“ urteilt Michael Hesse in der Frankfurter Rundschau<sup>48</sup> über den von Felix Lindner herausgegebenen Band **Mit Thomas Mann durch das Jahr**.

In der FAZ<sup>49</sup> weist Sandra Kegel auf die von Friedhelm Marx, Julian Voloj und Magdalena Adomeit erstellte Graphic Novel **Thomas Mann 1949. Rückkehr in eine fremde Heimat** hin, die die zwölf Tage dauernde erste Deutschlandreise von Thomas und Katia Mann nach Ende

<sup>41</sup> Alexander Armbruster, König Dollar, FAZ, 19.5.2025.

<sup>42</sup> Hermann Wentker, Erfundene DDR-Mentalität, FAZ, 27.5.2025.

<sup>43</sup> Eckard Jesse, Die AfD und die Brandmauer, Cicero, 23.5.2025.

<sup>44</sup> Roger Boyes, Will Putin be toppled by a military coup?, The Times, 28.5.2025.

<sup>45</sup> How an agonising relationship with his dad shaped Xi Jinping, The Economist, 29.5.2025.

<sup>46</sup> Oliver Jungen, Konkurrenz um das Wir-Gefühl, FAZ, 20.5.2025.

<sup>47</sup> Rüdiger Görner, Die geshmähte Gralshüterin, FAZ, 28.5.2025.

<sup>48</sup> Michael Hesse, „Gab zu wenig Trinkgeld“, Frankfurter Rundschau, 21.5.2025.

<sup>49</sup> Sandra Kegel, Wie viel Blut wohl an all den Händen klebt?, FAZ, 14.5.2025.

des Zweiten Weltkriegs im Sommer 1949 zum Thema hat: „Was die Graphic Novel lesenswert macht, ist ihr souveräner Umgang mit der Verdichtung der Zeit. So zeichnet sie die Ereignisse nicht etwa chronologisch nach, sondern springt zwischen den Jahren hin und her.“

## Impressum

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2025, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)